Kanton
Obwalden

Regierungsrat
Staatskanzlei STK
Informationsbeauftragter

Medienmitteilung

Datum: 22. Januar 2014 – Nr. 03
Sperrfrist: keine

Der Regierungsrat setzt sich beim Bundesrat für den militärischen Weitererhalt des Schiessplatzes Glaubenberg mit der Truppenunterkunft ein

In seiner Stellungnahme ersucht der Regierungsrat den Bundesrat auf seinen Entscheid zurückzukommen und von einer vollständigen Schliessung der militärischen Anlagen auf dem Glaubenberg abzusehen. Die Schliessung hätte nicht nur negative Auswirkungen für den Kanton, die Gemeinde Sarnen, das lokale Gewerbe und zivile Nutzerinnen und Nutzer. Auch der Armee würden nach einer Schliessung im Raum der Territorialregion 2 nur noch wenige geeignete Schiessplätze zur Verfügung stehen.

Der Regierungsrat begrüsst es, dass der Flugplatz Alpnach und der Standort der Militärpolizei in Sarnen mit umgerechnet insgesamt 150 Vollzeitstellen und Ausbildungsplätzen für Lernende beibehalten werden soll. Gleichzeitig setzt er sich dafür ein, dass der Bundesrat die geplante Schliessung des Schiessplatzes Glaubenberg mit der Truppenunterkunft nochmals überprüft.

Das Stationierungskonzept der Armee sieht vor, den Schiessplatz Glaubenberg mit der dazugehörenden Truppenunterkunft mit 710 Plätzen zu schliessen. Das hätte für den Kanton, die Gemeinde Sarnen und das lokale Gewerbe erhebliche Konsequenzen. Neben den direkten Lieferungen aus den jährlich gut 40 000 Übernachtungsbelegungen, der Frequentierung von Gastgewerbebetrieben sowie aus den Beiträgen an den Strassenunterhalt wären namentlich auch zivile Nutzer wie die Organisation des SWISS Jugend-Langlauflagers von einer Schliessung direkt betroffen. Aus militärischer Sicht ist nach Meinung des Regierungsrats zu berücksichtigen, dass nach der Schliessung des Schiessplatzes Glaubenberg im Raum der Territorialregion 2 nur noch wenige geeignete Schiessplätze bestehen würden. Die mit der Weiterentwicklung der Armee nach heutigem Planungsstand ab 2017 neu der Territorialregion 2 unterstellten Infanteriebataillone und die vermehrt dienstleistenden Formationen der Luftwaffe in Emmen und Alpnach müssten für ihre infanteristische Ausbildung lange Verschiebungswege in Kauf nehmen. Das würde den Kanton Obwalden aus militärischer Sicht für Dienstleistungen bzw. militärische Truppenbelegungen unattraktiv machen.

Der Regierungsrat ersucht daher den Bundesrat auf seinen Schliessungsentscheid zurückzukommen. Sollte der Bundesrat an der Schliessung des Schiessplatzes

Glaubenberg mit der Truppenunterkunft festhalten, wird sich der Regierungsrat für eine Nachfolgelösung einsetzen. Er schlägt in seiner Stellungnahme an den Bundesrat vor, zusammen mit dem Bund eine Arbeitsgruppe zu bilden, um eine Nachfolgelösung zu suchen und verschiedene Fragen zu klären. Insbesondere ersucht er den Bundesrat um eine längere mögliche Übergangsfrist nach 2017, damit genügend Zeit zur Verfügung steht, dieser Nachfolgelösung eine echte Chance zu geben.